

PROBLEME DER HEUTIGEN ENGLISCHEN GEWERKSCHAFTSPOLITIK

Der Geist *Ramsay MacDonalds* war bisher die stärkste Kraft in der Labour Party während der Amtsdauer der Attlee-Regierung und anscheinend auch heute noch in der Opposition. *Aneurin Bevan*, der sich besonders auf Gewerkschaftskreise stützt, hat die Partei durch seine gegnerische Haltung, z. B. in der Frage der englischen und europäischen Wiederaufrüstung oder der künftigen Marschroute, offensichtlich noch nicht gespalten. Er hat aber erreicht, was die militanten Gewerkschafter fordern, daß die oppositionellen Elemente auf einen Nenner gebracht werden müssen, der keinen Kompromiß ähnlich jenem darstellen dürfe, den die Labour-Regierung in ihren letzten Regierungsmonaten außen- und innenpolitisch eingegangen war. Man wird sich gerade jetzt wieder der Kräfte bewußt, welche unter Umständen aneinandergeraten könnten. Wenn es auch einen an sich wirksamen Parteikern gibt, so sind die Gruppen doch so stark, daß sie in der Organisation ein dem Ganzen unter Umständen abträgliches Eigenleben führen können.

Bei der Vielzahl der teils politischen, teils wirtschaftlichen Tendenzen, die in der Labour Party zusammenwirken, spielen neben den Fabiern und den Kooperativen die Gewerkschaften die entscheidende Rolle. Die Fabier, welche den Weg der letzten politischen Generation bereiteten und jetzt die neuen Arbeitsthesen formulieren, und die Kooperativen, die über eine lange Zeit hin den praktischen Ausdruck sozialistischen Denkens bildeten, stimmen darin überein, daß der künftige Weg über einen umgedachten Sozialismus führen müsse, wobei vor allem der Versuch gemacht werden solle, die „State ownership“ und die dadurch heraufbeschworene Gefahr einer jungen sozialistischen „Managerial society“ durch die noch nicht praktisch festgelegte, durch Dezentralisierung der Macht zu schaffende „social ownership“ zu ergänzen. Es geht also um mehr als um die Fortsetzung des Zivilisierungsprozesses am Kapitalismus.

Die Grundthesen, die bei einer oppositionellen Labour Party naturgemäß mehr von den Linksextremisten vertreten werden, müssen mit den Forderungen der stärksten Gruppe, den Gewerkschaften, abgestimmt werden. In einigen Unterausschüssen überarbeitet die Parteileitung ihr Programm in den Fragen der Nationalisierung, der Ernährung und der Sozialdienste. Da dem ständigen Planungsausschuß sowohl *Morrison* wie *Bevan* angehören, der rechte und der linke Flügel sich also vergleichen müssen, und das Schwergewicht auch weiterhin auf dem Nationalisierungssektor und im Sozialbereich liegt, ist die Haltung der Gewerkschaften entscheidend.

Entwicklungsgeschichtlich bilden sie keineswegs den stärksten politischen Flügel der Partei; ihre Stimmen sind für die Partei aber so wichtig wie ihre finanziellen Beiträge. Sie können natürlich ihr starrereres, aber an sich pragmatisches Zweckdenken nicht einfach deswegen völlig ändern, weil die Wahlen 1951 gegen Labour ausgefallen sind. Die Gewerkschaften sind ihren Satzungen gemäß in erster Linie dazu da, die Interessen ihrer Mitglieder sicherzustellen und zu fördern. Ihre Politik ist also im Grunde unwandelbar. In der Frage des Arbeitermangels (in den Kohlengruben z. B.) mögen die Gewerkschaftsleitungen die Ansicht der Regierung teilen und die Beschäftigung italienischer Arbeiter für nötig halten; sie können aber weder theoretisch noch praktisch

gegen den Willen der Gewerkschaftsmitglieder die Beschäftigung ausländischer Arbeiter erzwingen. Die Gewerkschaften können ihre Verfassung nicht aufgeben — um so weniger, wenn die Regierung, wie dies heute der Fall ist, mit ihrem Grunddenken nicht übereinstimmt. Da sich die Gewerkschaften nicht eindeutig auf eine ideologische Linie festlegten, stellten sich sogar gelegentlich in den Nachkriegsjahren Schwierigkeiten in der Wirtschafts- und Lohnpolitik ein.

Eine Verschärfung der Lage entstand mit dem Regierungswechsel. Zwischen 1939 und 1945 hatte sich, wie G. D. H. Cole ¹⁾ feststellte, der Status der Gewerkschaften in Beziehung zum Staat bemerkenswert gewandelt. Damals und in der Friedenswirtschaft zwischen 1945 und 1951 hatten die Gewerkschaften die Mitverantwortung für die erfolgreiche Arbeit der nationalen Wirtschaft übernommen. Die Voraussetzungen dafür bestanden in regelmäßigen Beratungen mit den Gewerkschaften und in Vollbeschäftigung als wirtschaftspolitischem Prinzip. Die in diesem Zusammenhang exponiertesten Minister des Kriegskabinetts gehörten der Labour Party an. Die Mitarbeit der Gewerkschaften seit den Kriegstagen und besonders seit 1945 beruhte also auf direkter Verbindung mit Männern, die ihren Ideen und lohn- und gesellschaftspolitischen Forderungen verständnisvoll gegenüberstanden. Nur so war es möglich, in Gewerkschaftskreisen Maßnahmen durchzusetzen, die zwar oft unpopulär waren, aber „für die Bewegung“ durchgestanden wurden,

G. D. H. Cole, der die Gewerkschaftsarbeit gut kennt, war schon in der Amtszeit der Attlee-Regierung einer der schärfsten Kritiker. Man muß seine alten Argumente neben denen von Bevan beachten, wenn man die kommende Entwicklung in ihren neuen Ansätzen verstehen will. Während der Amtszeit *Attlees* analysierte er das sozialistische Dilemma. Der demokratische Sozialismus, wie man ihn bisher verstand, ließ bei all seinen Erfolgen, die das englische Beispiel aufwies, die Klassenstruktur im wesentlichen unberührt. Krasse Ungleichheiten wurden eingeebnet; aber dieselben Gruppen nahmen dieselben relativen sozialen Stellungen ein wie vorher. Eine Reihe von Schlüsselpositionen blieb daher nach wie vor von Gegnern des Laboursozialismus besetzt. Im Volk und besonders in den Gewerkschaften entstand trotz der Nationalisierungen keine neue Welle ideeller Begeisterung, die eine neue Führungsschicht hätte heranbringen können. Der Sozialismus kann aber ohne einen neuen „social drive“ nicht funktionieren. Wenn man die kommunistische Praxis ablehnt, wie es Cole und sein Kreis ebenso wie Bevan tut, gibt es seiner Meinung nach nur eine Möglichkeit für die Erweiterung der Ausgangsbasis auf dem eigentlichen Weg zum Sozialismus, nämlich die Streuung der Macht und Aufteilung der Verantwortung auf möglichst viele, im Gegensatz zur vorsichtigen Delegation der Macht vom Zentrum her. Während der eigenen Regierungszeit hatte es Labour versäumt, die Initiative der politisch Denkenden in den nationalisierten Industrien, in den Gewerkschaften und den Kooperativen anzustacheln. Selbst die Gewerkschaftsführung dieser Zeit hat, vielleicht aus Sorge um möglicherweise umstürzlerische Bewegungen, den Werk-einheiten zu wenig Macht abgetreten; Zentralisierung erschien als die einfachste Methode für Kollektivverhandlungen. Örtlicher Initiative wurde kaum Raum gelassen; der jungen Führungsschicht war die Entwicklungsmöglichkeit versperrt. Vielleicht war der Druck der Außenpolitik und -Wirtschaft zu stark; jedenfalls wurde die sozialistische Initiative gelähmt. Cole kritisierte hier die Partei als Ganzes. Ihm war daher auch klar, daß die nationalisierten Industrien nicht programmgemäß funktionieren konnten; die Träger, in diesem Fall die Arbeiter und

1) Vgl. „New Statesman and Nation“ vom 8. März 1952.

die Verbraucher, vermochten eben ihre Mitverantwortung nicht einzusehen. Jenseits der neuen wirtschafts- und sozialpolitischen Vorgänge wurden keine neuen Gefühlsbereiche angesprochen. Es wurde dem Einzelnen nicht klar, daß es in der neuen Wirtschaftspolitik um seine eigene Sache ging, über deren Schicksal er irrt Guten und im Bösen durch sein Handeln mitbestimmen konnte. In zeitgemäßer Wandlung iSeines Gildensozialismus forderte Cole damals Verbraucherausschüsse die in klar umrissenen kleinen Gebieten unabhängig Verantwortung tragen und wirklich mitbestimmen sollten; er warf der Regierung und den Gewerkschaftsführern vor, sie hätten keine Bereitschaft gezeigt, den kleineren Trägern sozialistischen Denkens zu vertrauen.

Die heutige englische Regierung ist konservativ. Die politischen Grundvoraussetzungen der Neuordnung seit 1945 haben sich geändert und damit auch die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Gewerkschaften. Die Unruhe, die sich gegenüber der unsicheren Gewerkschaftsführung der letzten Jahre zeigte, drückte sich nicht erst in unseren Tagen in wilden Streiks aus. Die Gewerkschaftsfunktionäre arbeiteten zu langsam; sie hatten sich auf eine Ebene begeben, von der aus es schwer war, Verbindung zur gelebten Wirklichkeit zu halten. Welche Revision der Positionen scheint sich nun zu vollziehen?

Betrachten wir zunächst die politischen Gegebenheiten. Die Konservativen sehen die Erhaltung der Vollbeschäftigung nicht als Eckstein ihrer Wirtschaftspolitik an. Das Programm der Konservativen Partei, die Äußerungen ihrer Wirtschaftler und ihrer Presse wiesen seit Jahren auf die Gefahr einer Über-Vollbeschäftigung hin. Man hat sich zwar mit den Tatsachen abgefunden, die im Lauf der sozialen Revolution unabänderlich geworden sind; man wird aber die Einkommenseinebnung ebensowenig weitertreiben wie die notwendige Ausweitung der Wohlfahrtsdienste; die Arbeiterführer werden kaum wie früher zu entscheidenden Beratern in strittigen Wirtschaftsfragen werden. Man hat auf Gewerkschaftsseite nicht geögert, die Kürzungsvorschläge im Bereich des Gesundheitsdienstes und der Unterstützungen als einen bösen Angriff auf die Armen, die Entnationalisierung der Stahlindustrie als Begünstigung der Aktionäre darzustellen. Es wäre nun eine Tragödie, wenn die Frage der sozialen Dienste zu einem Instrument parteipolitischer Parlamentsauseinandersetzungen würde. Eine genaue Untersuchung des relativen Wertes der Unterstützungen innerhalb der verschiedenen Sozialdienste und der Einkommensquellen, die hier weiter verteilt werden, ist eine unbedingte politische Notwendigkeit. Es könnten überraschende Ergebnisse gezeitigt werden, welche die Kritik jener Engländer schwächen, die glauben, daß sie den Großteil der Kosten dieser Dienste tragen, die sie selbst nicht in Anspruch nehmen, und viele von jenen umstimmen, die sich für Nutznießer halten, in Wirklichkeit aber Wohltäter sind.

Weite Kreise wissen, wie Cole es ausdrückt, daß selbst dort, wo die Konservativen die Wohlfahrtsdienste unterstützen und Gewerkschaftsführer zu Beratungen (heranziehen, dies nur aus taktischen Gründen getan wird. Sie können schwerlich vergessen, daß sie sich dabei ihrer politischen Gegner bedienen, welche die Zukunft als die ihre ansehen. Die Gewerkschaften können nicht mehr-automatischer und logischer Bestandteil eines funktionierenden Wirtschaftsapparates sein, dessen politische Lenkung bei einer konservativen Regierung liegt; sie werden wie früher zu einer Machtgruppe außerhalb der Regierung Diese Problematik enthält viel Schärfe, da der nationale Notstand heute so augenscheinlich ist wie in den Krisenzeiten der Labour-Regierung. Jene Gewerkschaftsführer, die auf Grund der außenpolitischen Lage zur Zusammenarbeit mit der Regierung bereit wären, können ihre Anhänger nicht mehr, wie nach 1945, mit

dem Begriff der „Loyalität“ überzeugen; man müßte schon versuchen, diesen Begriff auf die ganze Nation zu übertragen, so wie er vorher der Labour-Regierung, ihrer Regierung, galt. Für diese Haltung erscheint der Notstand nicht akut genug. Im übrigen handelt es sich nicht mehr um Klassenkampf, sondern um Erhaltung und Ausbau des gegenwärtigen sozialen Status.

Die Labour Party selbst hat zwar ihre Aufgabenstellung nicht geändert; sie ist aber jetzt, da sie nicht mehr die Regierungsverantwortung trägt, viel stärker von den Einflüssen abhängig, die ihre politische Existenz bestimmen. Sie kann ihre Anhänger, die ja nicht so sehr Einzelmitglieder als vielmehr kompakte Gruppen wie die Gewerkschaften sind, nicht auf ein vorhandenes Aktionsprogramm, sondern auf einen wieder neuzufassenden Arbeitsplan hinführen.

Die wichtigsten Momente, welche auch die Kritiker in der Partei zusammenhalten, sind z. B. die Gefahren einer scheinbaren Vollbeschäftigung durch Rüstungsaufträge, die englische Finanzkrise sowie die Verpflichtungen der Labour-Partei als Mitglied der Sozialistischen Internationale und besonders der Gewerkschaften innerhalb der antikommunistischen Gewerkschaftsinternationale. Hier taucht sowohl das Rüstungsdilemma wie die relative Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten auf. Die Partei, besonders die Gewerkschaften, haben sich in gewisser Hinsicht der amerikanischen Führung unterworfen; eine eigene Linie läßt sich kaum ohne Konflikt mit den amerikanischen Gewerkschaften verfolgen, die wegen des Fehlens einer wirksamen amerikanischen sozialistischen Partei die politischen und wirtschaftlichen Interessen der amerikanischen Labour vertreten. Man weiß, daß die Masse der englischen Labour- und Gewerkschaftsanhänger wenig Interesse für beide Internationalen zeigt, daß sie nur widerwillig, aus Loyalität mehr denn aus Überzeugung, einer Ausweitung des Rüstungsprogramms zustimmt; die Parteiüberlieferung ist fraglos antikommunistisch, bei den religiösen und ethischen Sozialisten jedoch stark pazifistisch. Die vorsichtige TUC-Erklärung zur Aufrüstung (vom 29. Mai 1952) ändert daran nichts.

Die Tendenzen der letzten Monate haben gezeigt, was Bevan schon früher nachgewiesen hatte, daß die Wiederaufrüstung selbst in der für die Exportförderung günstigen Form mit einer Gefährdung der sozialen Sicherheit des Arbeiters verbunden sein muß. Die Abstriche im Gesundheitsdienst und bei den Lebensmittelunterstützungen, die Kürzungen im Kultur- und Erziehungsprogramm u. a. wirken wie Wegweiser ins Ungewisse. Die Ursachen liegen nicht nur in der Weltaufrüstung, in der Verschlechterung des Empire-Handels oder der internationalen Handelsbedingungen, sondern im Verfall der englischen Gesamtposition.

Man sorgt sich, besonders in Gewerkschaftskreisen, um die Auswirkungen, die von einer Deflation, von höheren Preisen ohne entsprechend höhere Löhne, von verstärkter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in neuen Notstandsgebieten kommen könnten; sie deuten sich schon jetzt z. B. in dem seltsamen Verhältnis von Arbeitslosigkeit besonders bei Frauen in der Textilindustrie und Arbeitennangel in der Flugzeug- und Maschinenbauindustrie an. Besonders kritisch beobachtet man die angekündigte und zum Teil schon sichtbare Verschlechterung der Sozialdienste.

Die Angst, welche die Arbeiter auch im heutigen Pseudo-Sicherheitsstaat immer wieder einholt, beruht auf der gefürchteten Rückkehr der Krisenstimmung der Vorkriegszeit. Die Unsicherheit der gegenwärtigen Verhältnisse erinnert in diesem Zusammenhang an die in der Zwischen- und Nachkriegszeit erzielten Erfolge. *Rowntree* und *Lavers* zeigten in ihrer Studie über „Armut und Wohlfahrts-

Staat“ an dem typischen Beispiel der Stadt York, wie sehr sich die soziale Lage insgesamt gebessert hat. Es handelt sich hier um Rowntrees dritte Studie über York aus dem Vorjahr. Nach den Ergebnissen der zweiten Untersuchung vom Jahr 1936 lebten 31,1 vH. der arbeitenden Bevölkerung unter dem Existenzminimum, wobei Arbeitslosigkeit und niedere Löhne an 61,4 vH. der Armutsfälle schuld waren. Die neue Untersuchung zeigt nun die Auswirkung vor allem der Sozialdienste und ihren Niederschlag im Rückgang der „Armut“. 1950 lebten nur noch 2,77 vH. der arbeitenden Schichten unterhalb der scharf gezogenen Armutsgrenze. Unter dem System der Vollbeschäftigung und des Wohlfahrtsstaats scheint also diese Seite der Armut verschwunden zu sein. Der verbliebene Rest läßt sich auf Alter und Krankheit zurückführen. Immerhin bewegen sich aber noch rund 20 vH. der arbeitenden Bevölkerung knapp oberhalb der Armutsgrenze. Die tatsächliche Auswirkung der Sozialdienste kann man allerdings nur schwer abschätzen. Man glaubt annehmen zu dürfen, daß statt 3 vH. zwischen 20 und 25 vH. unter dem Existenzminimum leben müßten, wenn die Sozialleistungen auf dem Stand von 1936 geblieben wären. Rowntree berechnete, daß bei Wegfall der Lebensmittelunterstützung (auch wegen der größeren Kinderzahl in Arbeiterfamilien) die Armut um 14 vH. steigen würde.

Man kann also damit rechnen, daß die Gewerkschaften in der gegenwärtigen Lage Kürzungen der Reallöhne, der Sozialleistungen und Unterstützungen starken Widerstand entgegensetzen werden, solange die notwendigen Opfer nicht gleichmäßig von der gesamten Gesellschaft getragen werden. Durch die Gewerkschaften wird die Partei darüber hinaus eine aggressive Innenpolitik verfolgen müssen. Die Zahl der Bevan-Anhänger wächst mit dem Widerstand in den Reihen der Gewerkschaften. Der Bevanismus ist heute keine Ketzerei mehr. Es könnte für die Gewerkschaftsführung sogar schwer werden, jene Aspekte der Zusammenarbeit mit der Regierung — z. B. zur Steigerung der Produktivität — zu erhalten, die im nationalen Interesse liegen.

Die Partnerschaft zwischen der gegenwärtigen Regierung und den Gewerkschaften ist praktisch zu Ende. Wenn sich der nationale Notstand, der die Loyalität aller beansprucht, nicht verschärft, kann es zu kritischen Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften kommen. Schon die Zusammenarbeit mit der Labour-Regierung zeigte latente Schwierigkeiten, die heute unverhältnismäßig größer geworden sind. Die Gewerkschaftsführung kann in der augenblicklichen Lage nicht umhin, zu ihrer verfassungsgemäßen Aufgabe zurückzukehren, wenn sie nicht Gefahr laufen will, sich der Masse ihrer Anhänger politisch und wirtschaftlich zu entfremden.

Die Gewerkschaften haben sich aber gewollt oder ungewollt während der Amtszeit der Labour-Regierung auf eine politische Linie mitverantwortlich festgelegt. Eine reinliche Rückkehr zu völliger ideologischer Ungebundenheit ist nicht mehr möglich. Wenn es auch zutrifft, daß der Großteil der Gewerkschaftsanhänger unpolitisch ist, so nimmt der militante Sektor doch zu. Auch hier ist also ein echtes Dilemma entstanden.